Bismarck-Modelle
Kurfürstenstr. 88 Lützow 4862
neben Eden-Hotel

Nummer 257

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR. 14

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Inneres P. Steinborn, Schöneberg; Äußeres Dr. R. Jügler, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

Abendausgabe · Preis 400 Mk.

68. Jahrgang

Mittwoch, 6. Juni 1923

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Gesm. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Die heutige Brüsseler Konferenz.

Französisch-belgische Unstimmigkeiten.

EP Paris, 6. Juni.

Poincaré und die übrigen Vertreter Frankreichs an der französisch-belgischen Konferenz sind heute morgen 8,10 Uhr von Paris nach Brüssel abgereist, wo sie nachmittag um 2 Uhr ankommen werden. Die Unterredungen sollen um 3 Uhr beginnen und bis 7 Uhr dauern, worauf die französische Delegation nach einem Abendessen bei Jaspar nach Paris um 11 Uhr zurückkehren wird. Es ist aber möglich, daß das Programm eine Abänderung erfährt und die Besprechungen unter Umständen am Donnerstag fortgesetzt werden.

eca Paris, 6. Juni.

Obwohl der Aufenthalt Poincarés in Brüssel nur bis heute abend vorgesehen ist, faßt man in alliierten Kreisen doch die Möglichkeit ins Auge, daß die deutsche Note bereits heute abend übergeben, oder aber ihre Uebergabe für morgen früh angekündigt wird. In diesem Falle würde Poincaré sich entschließen, auch noch morgen in Brüssel zu bleiben, um mit den belgischen Ministern zusammen sofort die deutsche Note zu prüfen.

Die Vorberichte der französischen Korrespondenten, die Poincaré nach Brüssel bereits vorangeeilt sind, ergeben für die heute beginnende französisch-belgische Konferenz nicht viel neues. Die Stellungnahme der Pariser und der Brüsseler Regierung ist in den letzten Tagen in der Presse so klar wie möglich gezeichnet worden und hat sich begreiflicherweise in den letzten 24 Stunden vor Beginn der Verhandlungen nicht mehr geändert. Bemerkenswert ist, daß einige Berichterstatter einstimmig feststellen, die belgische Regierung sei verstimmt darüber, daß Poincaré seinen Brüsseler Aufenthalt von vornherein so außerordentlich kurz bemessen hat. Lucien Chaffaigne, der wirtschaftliche Mitarbeiter des „Journal", der von seinem Blatt nach Brüssel geschickt worden ist, schreibt, die Belgier seien verstimmt darüber, daß Poincaré hat verlauten lassen, daß die Zusammenkunft nur kurz sein werde. Das Brüsseler Kabinett habe die Absicht gehabt, das schwierige Problem gründlich zu erörtern. Der Brüsseler Sonderberichterstatter des „Œuvre" schreibt das gleiche mit noch deutlicheren Worten: Die Belgier, schreibt er, befürchten sehr, daß Poincaré, der mit einem ganzen Trotz von Beamten und Sachverständigen nach Brüssel kommt, in der Hauptsache die rein praktischen Fragen der Ruhrbesetzung besprechen wird. Das Bestreben des Quai d'Orsay, die Konferenz als eine reine Verwaltungsratssitzung für das Ruhrgebiet darzustellen, und die sonderbare Hast, mit der Poincaré bereits am Abend von Brüssel abzureisen gedenke, erscheint beunruhigend. Zwei Politiken würden sich gegenüberstehen. An der Dauer der Konferenz werde man ersehen können, welche von beiden siegen wird. Gleichzeitig stehe das Schicksal von Frankreichs letzter Allianz auf dem Spiel. Die belgischen Minister seien sicher allzu vorsichtige Leute, als daß man befürchten müsse, man müsse morgen abend das Wort Bruch aussprechen. Aber man könne sich nicht darüber täuschen, daß der bereits bestehende Riß sich immer mehr erweitern würde, wenn man bei der Aussprache nicht dazu kommen würde, einen französisch-belgischen Aktionsplan fertigzustellen.

Rückkehr McKennas ins Unterhaus?

London, 6. Juni.

„Daily Telegraph" zufolge werden bereits Pläne zur Rückkehr McKennas ins Unterhaus erwogen. Es sei möglich, daß er als Vertreter der Londoner City zurückkehre. Falls die Erörterungen, die jetzt im Gange seien, einen günstigen Ausgang nehmen, würde die Nachwahl wahrscheinlich in der zweiten Hälfte des Juli stattfinden.

Verkauf geraubter Güter durch die französisch-belgische Regie.

Mtd Koblenz, 6. Juni.

Die Interalliierte Rheinland-Kommission hat durch eine am 9. Mai erlassene Verordnung Nr. 171 bestimmt, daß die auf den von der Regie betriebenen Eisenbahnen unbestellt gebliebenen Waggonladungen vom 10. Juni 1923 ab ausgeladen werden und für die sowohl in Waggons als auch in Magazinen befindlichen Waren genauere Verkaufsbedingungen festgesetzt werden.

Wie von zuständiger Stelle hierzu mitgeteilt wird, ist diese Ordonnanz unglücklich und nicht zu befolgen. Ihr Zweck ist, durch Anerbieten scheinbarer Vorteile die Wirtschaftskreise für die Eisenbahnregie zu gewinnen und dadurch den deutschen Widerstand zu erschüttern. Wer Frachten an die Regie zahlt, begeht Landesverrat, wer die geraubten Güter kauft oder beim Abtransport mitwirkt, begeht Hehlerei.

Das Dortmunder Fernsprechamt lahmgelegt.

TU Berlin, 6. Juni.

Die Franzosen haben heute vormittag das Fernsprechamt in Dortmund besetzt und den gesamten Fernsprechverkehr unterbunden.

Einreiseerschwerung in das besetzte Gebiet.

Mtd Hamm, 6. Juni.

Nachdem die Franzosen gestern eine Reihe von wichtigen Bahnhöfen besetzt haben, ist die Einreise in das besetzte Gebiet bedeutend erschwert worden. Seit heute nacht ist der Verkehr nach dem Einbruchsgebiet so geregelt worden, das alle Züge von Hamm aus nur noch bis Dortmund fahren. Von Dortmund ist ein Pendelverkehr über Langendreer—Bochum nach Kray-Süd eingerichtet worden. Die einzige noch bestehende Ostnordwestverbindung ist stark in Mitleidenschaft gezogen worden, da anzunehmen ist, daß die Franzosen die neubesetzte Eisenbahnlinie militarisieren werden. Für den Personenverkehr bleiben nur noch die Straßenbahnlinien, deren Benutzung mit großen Kosten und erheblichen Zeitverlusten verbunden ist, übrig.

Englands Stellung zur Reparationsfrage.

Der Plan Baldwins.

Paris, 6. Juni.

Ein Auslandsmitarbeiter des „Echo de Paris", der sich in London aufhält, um sich über die englische Auffassung der Reparationsfrage zu unterrichten, erklärt, die von Baldwin angeordneten Sachverständigenberatungen über das Reparationsproblem seien beendet. Das Ergebnis sei gestern im Kabinettsrat festgestellt worden. Der Berichterstatter glaubt, daß Baldwin möglicherweise selbst eine allgemeine Kontroverse über die Reparationsfrage eröffnen werde. Er warnt das französische Volk vor Illusionen und schreibt, zunächst müsse man sich völlig darüber klar sein, daß die Regierung Baldwin eine Regierung von Dauer sei und daß man mit ihr alle die Entente Cordiale berührenden Fragen zu regeln haben werde. Das französische Volk müsse sich vor der Annahme hüten, daß eine Aenderung der englischen Politik eintreten könne, aber daß Baldwin den Franzosen Konzessionen machen werde. Das Schatzamt habe in den letzten Wochen die Aufgabe gehabt, den Plan Bonar Laws in einigen Punkten abzuändern. Es scheine sicher zu sein, daß diese Abänderungen sämtlich in der Richtung einer Abänderung der französischen Auffassung lägen. Man werde in dem englischen Plan Disposition bezüglich der Idee von der Notwendigkeit eines Moratoriums wiederfinden, die den Franzosen ganz und gar nicht sympathisch sein. Man hege Mißtrauen gegen die Pfänder und sei der Ansicht, daß es notwendig sei, die durch die Besetzung des Ruhrgebiets verringerte Leistungsfähigkeit der Deutschen von neuem abzuschätzen. Was eine Annäherung Englands an Frankreich veranlassen könnte, wäre die Aussicht auf eine allgemeine endgültige Regelung der Reparationsfrage. Die englische Regierung stände auf dem Standpunkt, daß eine provisorische Regelung keine Regelung ist und den Kredit Deutschlands nicht wiederherstellen würde. Sie würde es Deutschland nicht ermöglichen, eine nennenswerte Anleihe aufzunehmen, und würde ihm wieder gestatten, so wenig wie möglich zu bezahlen. Eine endgültige Regelung würde unmittelbar bewirken, daß die gesamte Welt mit einer neuen Welle des Vertrauens und Optimismus erfüllt und die Wiederaufnahme der Geschäfte begünstigt würde. Der Berichterstatter glaubt, daß Baldwin sicher darauf bestehen werde, daß England keinen gerechten Anteil an den Reparationen erhalte. In der Reparationsfrage selbst müsse man Schwierigkeiten voraussehen. Dagegen werde Baldwin wahrscheinlich in der Frage der Räumung des Ruhrgebiets oder hinsichtlich des passiven Widerstandes keine Einwendungen erheben oder sich wenigstens bemühen, für die französische und belgische Regierung eine annehmbare Formel zu finden. Das englische Kabinett sei geneigt, alles mögliche zur Sicherung Frankreichs zu unternehmen.

„Baldwins Gelegenheit".

Die Reparationsfrage ein wirtschaftliches Problem.

London, 6. Juni.

In einem „Baldwins Gelegenheit" überschriebenen Leitartikel führt „Times" aus, das wirtschaftliche Chaos Europas werde ersichtlich die erste Sorge des neuen britischen Premierministers sein, der im kaufmännischen Leben groß geworden sei und Finanzerfahrungen im Schatzamt unter zwei Ministerien gesammelt habe. Das Grundproblem sei die endgültige Regelung der deutschen Reparationen. Wenn sie erfolgt sei, so werde jede andere Regelung leichter gemacht werden. Es dürfe kein Versuch gemacht werden, das Reparationsproblem mit der Frage der französischen Sicherheit zu verknüpfen. Es drohe Frankreich augenblicklich keine Invasion und diese Gefahr bestehe auch nicht, solange die alliierten Heere das Rheinland besetzt halten. Die Erörterung der Sicherheiten erregte außerdem immer nationalistische Leidenschaften und es sei wesentlich, daß die Reparationsfrage so leidenschaftslos wie möglich erörtert werde. Es sei ein wirtschaftliches Problem, das auf wirtschaftliche Weise gelöst werden müsse. Es sei wesentlich, daß die gegenwärtige britische Regierung mit diplomatischer Rücksicht auf Frankreichs Gefühle, vereint mit nüchterner Erkenntnis wirtschaftlicher Tatsachen vorgehe; beides zu vereinen sei freilich keineswegs leicht. Baldwin werde jedoch den Vorteil der Unterstützung Lord Curzons auf dem einen Gebiet und der Unterstützung McKennas auf dem anderen Gebiet besitzen.

Inzwischen vermehre jede Verzögerung die Schwierigkeiten einer Lage, die unendlich verschlimmert wurde durch die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets. Deutschlands Reparationsabzahlungen hätten aufgehört, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei vermindert worden und, was noch schlimmer sei, der Geist der Feindseligkeit sei in Deutschland größer und bitterer geworden, und alle deutschen Staaten die noch vor Monaten eins gewesen seien, seien in eine festgeschlossene Opposition zusammen gedrängt worden. Die Einwohner im Ruhrgebiet hätten sich aus eigenem Antrieb der Beeinträchtigung ihrer Freiheiten widersetzt, ihre Haltung habe Vergeltungsmaßnahmen der französischen Verwaltung hervorgerufen und es sei keine Uebertreibung, wenn gesagt werde, daß jetzt eine Herrschaft des Terrors geschaffen sei. Alle deutschen Beamten, die den Befehlen des Generals Degoutte nicht nachkommen, würden eingekerkert oder ausgewiesen. Die Zahl der Vertriebenen betrage tausende wöchentlich, und die Familien der Opfer würden einige Tage später aus ihren Häusern abgeschoben, ohne Schutz, ohne Existenzmittel, Verzweiflung und Wut im Herzen. Erschießungen und Unruhen würden zahlreicher und ernster.

Die Not Deutschlands sei zweifellos ernst. Die industrielle Erholung, die sich endlich in England zu zeigen begann, sei zum Stillstand gekommen. Der britische Handel im Kölner Gebiet sei gehemmt. In Südwales sei ein Niedergang erfolgt wegen der Unmöglichkeit, den billigen Stahl zu erhalten, von dem die Zinnplattenindustrie abhänge. Deutschland könne nicht länger Waren aus Indien kaufen und Indien könne daher nicht soviel von Lancashire kaufen. Der vollständige finanzielle Zusammenbruch Deutschlands könne für niemanden von Vorteil sein und müsse das Wohlergehen der Welt nachteilig berühren. Trotzdem wäre dieser Zusammenbruch Deutschlands eine sichere Folge der französischen Politik, wenn diese nicht sofort und praktisch abgeändert werde. Es seien Anzeichen vorhanden, daß Belgien ungeduldig werde und gerne seinen Anteil am Ruhrabenteuer los werden wolle. Die Haltung Belgiens sei zweifellos nicht unvereinbar mit der Großbritanniens. Die Brüsseler Konferenz könne das Vorspiel für eine größere Zusammenkunft sein, auf der Italien und Großbritannien ebenfalls anwesend sein würden.

Stimmungsumschwung in Frankreich?

London, 6. Juni.

Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette" teilt mit, Frankreich sei anscheinend bereit, den Charakter der Ruhrbesetzung einschneidend zu verändern, vorausgesetzt, daß Großbritannien und Italien ihren Platz an seiner Seite einnehmen und zusehen, daß die deutschen Ablieferungen zu zahlen Aufrichtig seien. Die Stimmung in Frankreich sei so stark wie je, dafür, daß, wenn sich Großbritannien nur der Ueberwachung der deutschen Bemühungen anschließe, keine Notwendigkeit zur Anwendung von Gewalt bestehen würde.

Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt zu den Erklärungen Baldwins gegenüber dem Vertreter des „Petit Parisien" bezüglich der Sicherheit Frankreichs, ihm sei von einem sehr hohen französischen Beamten nachdrücklich erklärt worden, daß Frankreich im gegenwärtigen Zeitpunkt die Lösung dieses Problems nicht sucht. Man sei jetzt in Frankreich der Ansicht, daß es klüger sein würde, die beiden Probleme vollkommen getrennt von einander zu halten. Dem Berichterstatter wurde erklärt, im Augenblick befinde sich Frankreich nicht in unmittelbarer Gefahr, und wenn es auch erwägen müßte, wie seine Sicherheit am besten erreicht werden könnte, beabsichtige es doch nicht, sie als eine dringliche Frage zu behandeln. Frankreich könne warten. Es würde nur zu Komplikationen führen, wenn es sich zu dieser Zeit erklären würde. Solange Frankreich entsprechend dem Versailler Vertrag die Rheinlande besetzt halte, sei es sicher. Später würden keine Einwendungen bestehen, daß der Völkerbund ersucht werde, bei dem Aufbau eines Garantiesystems für Frankreich mitzuhelfen.

Gewerkschaftsbesprechungen mit der Regierung.

Die großen schwebenden Fragen politischer und finanzieller Natur haben die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften veranlaßt, sich an den Reichskanzler zu wenden und um eine Aussprache über diese Dinge zu ersuchen. Es findet deshalb heute im Wohlfahrtsministerium eine Konferenz statt, in der besonders über die Maßnahmen der Regierung gegenüber der Ausweisung von Ruhrdeutschen sowie über Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung der vertriebenen Beamten verhandelt werden soll.

Aufhebung der amerikanischen Anti-Deutschen-Gesetze.

EE New-York, 5. Juni.

Die Anti-Deutschen-Gesetze, die während des Krieges in den Vereinigten Staaten erlassen wurden, sind nunmehr vom amerikanischen Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt worden. Kein Staat hat mehr das Recht, den Unterricht in deutscher Sprache zu verbieten.

Brotversorgung und Zwangsanleihe.

Berlin, 6. Juni.

Zur Aufbringung der Mittel für die Brotversorgung der minderbemittelten Bevölkerung ist bekanntlich die nochmalige Erhebung der Zwangsanleihe vorgesehen. Wie die eca-Korrespondenz aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben will, beabsichtigt die Regierung, für diesen Zweck den zehnfachen Betrag der Zwangsanleihe als einmalige Abgabe vom Besitz zu erheben.

Italien — Deutschland.

Von

Generaldirektor Renzetti, Kgl. ital. Major. *)

Wenn sich um zwei Völker ein enges freundschaftliches Band schließen soll, so muß man sich bemühen „gegenseitige starke Geschäftsbeziehungen herzustellen, für die wiederum ein beiderseitiges Gefühl des Vertrauens und der Sympathie Voraussetzung ist. Wie es um diese beiden Faktoren bei den deutsch-italienischen Beziehungen steht, möchte ich kurz berichten.

Eine Heilung war Italien eins der besten Absatzgebiete für Deutschland. Gegenwärtig dagegen ist der Import deutscher Produkte auf ein sehr geringes Maß zurückgegangen. Daran ist nicht nur die große italienische Wirtschaftskrise schuld, die den Absatz nach Italien lähmte, sondern es sind in der Hauptsache zwei andere, wichtigere Gründe: einmal die Konkurrenz der eigenen italienischen Industrie, dann aber auch Frankreichs, Englands und Amerikas, zweitens ein starkes Mißtrauen gegen Deutschland, das sich im Laufe der letzten Jahre herausgebildet hat. Untersuchen wir einmal gründlich diese beiden Faktoren. Die italienische Industrie hat sich besonders in den Kriegsjahren sehr stark entwickelt und ist heute durch die Unterstützung von starken schutzzöllnerischen Bewegungen in der Lage, Italien mit vielen Waren zu versorgen, die vorher eingeführt werden mußten. Was die Konkurrenz der Franzosen, Engländer u. a. anlangt, so bieten diese auf dem italienischen Markte beste Waren auf sehr langfristigen Kredit und zu sehr günstigen Preisen an, unterstützen ihre Vertreter, wo es nur geht, steuern im beträchtlichen Umfange zu deren Reklamespesen bei und helfen ihnen auch sonst solange, bis sie vollkommen in das Geschäft eingeführt sind. Die deutschen Firmen dagegen gewähren nicht nur nicht die allergeringste Zahlungserleichterung, sondern kümmern sich auch gar nicht um ihre Vertreter. Darüber hinaus herrscht teilweise eine geradezu erschreckende Unordnung in der Erledigung der erteilten Ordres, wenig Verständnis bei der Auswahl der Vertreter und vor allem werden in den meisten Fällen höhere Preise gefordert, als die anderen ausländischen Konkurrenzfirmen verlangen. Speziell die sogenannten, von den einzelnen deutschen Außenhandelsstellen festgesetzten „Ausfuhrmindestpreise" sind so schlechthin durchgearbeitet und festgesetzt, daß sie weder genügend Rücksicht auf die Wechselkurse der verschiedenen Länder, noch auf die Preise selbst nehmen, die in den einzelnen Ländern bezahlt werden können. Es kommt z. B. häufig vor, daß der Mindestpreis für einen Gegenstand, der von Deutschland nach Amerika, einem bedeutend reicheren und vor allem auch bedeutend teueren Land als Italien, exportiert wird, dem Preis gleich ist, der für Italien festgesetzt ist. Ferner ist es keine Seltenheit, daß für viele Waren die Mindestpreise in Dollar und in Lire festgesetzt werden, also der Mindestpreis für Italien manchmal höher als der für Amerika ist. Um ein Beispiel zu nehmen: So ist z. B. der Mindestpreis für einen bestimmten Artikel nach Amerika 8,70 Dollar, für dieselbe Ware nach Italien 85 Lire gleich 4,14 Dollar.

Berücksichtigt man weiter, daß in Italien die eingelnen Preise die Entwertung des Lire, so wie in Deutschland, nicht in vollem Umfange mitgemacht haben, sodaß z. B. ein Borsalinohut, der im Frieden 10 Lire kostete, heute statt 40 Lire, wie es der Entwertung entsprechen würde, nur 30 Lire kostet, so kann man ermessen, daß Deutschland mit einer derartigen Preispolitik in Italien keinen festen Fuß fassen wird.

Es ist wohl bekannt, daß es heute sehr viele deutsche Firmen an der nötigen Pünktlichkeit und Korrektheit bei den Lieferungen fehlen lassen. Es ist wahr, daß die geradezu traurige Langwelligkeit, mit der sehr viel deutsche Außenhandelsstellen arbeiten, ein sehr schwerwiegender Faktor ist. Aber man vernimmt auch heutzutage in Deutschland das ernste und aufrichtige Bestreben, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu vertiefen. Man verlangt sehr hohe Preise, ohne die Lieferterminе zu respektieren. Sehr häufig wird die Ware überhaupt nicht oder aber nicht mustergetreu geliefert. Selbstverständlich gibt es auch sehr viele seriöse deutsche Firmen; aber leider sind dies nur Ausnahmen. In Italien herrscht fast durchweg die Ueberzeugung, daß in Deutschland ein vollständiges Chaos herrscht und man den Italienern falsche Tatsachen vorspiegelt.

Wie kann man das so durch das Verschulden der deutschen Firmen in Mißkredit geratene Geschäft wieder auf eine gesunde Basis stellen? Erstens durch eine genaue und eingehende Nachprüfung der Ausfuhrmindestpreise, zweitens durch eine schnellere Erledigung der Ausfuhranträge durch die Außenhandelsstellen, drittens durch die Rückkehr zu der alten Korrektheit und Pünktlichkeit, auf Grund deren jahrelang die deutschen Fabrikanten der Welt ein Vorbild waren. Weitere Punkte wären geringere Profitsucht und im Gegensatz dazu Streben nach dauernden und sicheren Beziehungen, Auswahl von geeigneten Vertretern, Zahlungserleichterungen, soweit dies irgendwie angängig ist, genaues Studium der wirklichen Verhältnisse auf dem italienischen Markt.

Nun ein Wort über die moralischen Faktoren. Deutschland sucht die Freundschaft Italiens. Wie kommt es

*) Wenn der Herr Verfasser auch manche Dinge in Deutschland einseitig und als Ausländer sieht, so darf er doch als genauer und guter Kenner des deutsch-italienischen Handelsverkehrs den Anspruch erheben, gehört zu werden. Das politische Verhältnis zweier Länder wird in erster Linie durch Form und Enge der wirtschaftlichen Beziehungen bestimmt. Klagen über Mängel im Verkehr mit Deutschland sind in letzter Zeit auch aus anderen Teilen des Auslandes zu uns gelangt. Es scheint uns deshalb, daß diese Ausführungen, die zunächst in der „Textil-Welt" gemacht wurden, nicht nur die Aufmerksamkeit der deutschen Interessenten, sondern auch der deutschen Behörden finden sollen. Die Red.